

"Lehrer unzufrieden mit Grundschulordnung"

Umfrage des VBE/Klagen über Mehrbelastung

Vom 03.03.2009

MAINZ (lex). "Pädagogischer Rückschritt statt schulpolitischer Fortschritt" - das ist die Bilanz, die der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Rheinland-Pfalz ein halbes Jahr nach Einführung der neuen Grundschulordnung zieht. Der VBE hat im Februar alle Grundschulen im Land zu den Auswirkungen der seit Herbst geltenden Verordnung befragt und stellte die Ergebnisse gestern in Mainz vor. An der Umfrage haben 81 Prozent aller Grundschulen teilgenommen.

Fast 96 Prozent der Grundschullehrkräfte gaben an, dass die neue Verordnung mehr Bürokratie mit sich bringe, die zu Lasten der Unterrichtsvorbereitung und des Unterrichts gehe. Allein für die Vorbereitung der neuen Zeugnisse sowie der neuen Halbjahresgespräche in der 2. Klasse sind nach Berechnungen des VBE 120 000 Zeitstunden an Mehrarbeit angefallen. "Das bedeutet zwei zusätzliche Arbeitstage pro Lehrer", rechnet VBE-Landesvorsitzender Johannes Müller vor. Die Umfrage zeige eine deutliche Unzufriedenheit der Grundschullehrer.

Der VBE fordert die Landesregierung auf, den gestiegenen Verwaltungsaufwand unter anderem durch eine Zeitpauschale von zwei Arbeitstagen auszugleichen. Um die in der Grundschulordnung verankerte umfassende individuelle Förderung zu ermöglichen, fordert der Verband für die Grundschule außerdem eine maximale Klassengröße von 20 Kindern sowie eine Unterrichtsversorgung von 110 Prozent.

Auch Ausbildungs- und Arbeitszeiten sowie Status der Grundschullehrer müssten angesichts der anspruchsvollen Tätigkeit denen der anderen Lehrergruppen gleichgestellt werden. Müller betonte, dass die neue Grundschulordnung mit dem Schwerpunkt der individuellen Förderung inhaltlich nicht zu beanstanden sei: "Die Lehrer verweigern sich dem nicht und wollen das Konzept umsetzen. Aber es muss einen Ausgleich für die Mehrbelastung geben."

Die neue Grundschulordnung stellt das individuelle Lernen in den Mittelpunkt. So muss das Lernverhalten jedes Kindes nun umfangreich schriftlich dokumentiert werden. Schriftliche Klassenarbeiten, die auf 16 pro Schuljahr reduziert worden sind (vorher: bis zu 28), können zudem zur Hälfte als individuelle Leistung erbracht werden. Das heißt, sie können in unterschiedlichen Zeitrahmen und Anforderungsniveaus geschrieben werden. Neu ist auch ein ausführliches Lehrer-Eltern-Kind-Gespräch zum Halbjahr der zweiten Klasse, in dem über Lern-, Arbeits- und Sozialverhalten gesprochen wird. Außerdem erhalten die Schüler der 3. und 4. Klasse ausführlich kommentierte Notenzeugnisse.

Als "nicht gerechtfertigt" bewertete gestern Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß (SPD) die Kritik des VBE. Es gebe zahlreiche positive Rückmeldungen von Eltern und Schulen zur differenzierten Leistungsbeurteilung. Das Ministerium bestreite nicht, dass es einen "gewissen zeitlichen Mehraufwand" gebe. Die Lehrer würden aber durch die Reduzierung der Klassenarbeiten "eindeutig entlastet". Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes, hat die Landesregierung aufgefordert, die neue Grundschulordnung zu überarbeiten. Durch den bürokratischen Mehraufwand sei die individuelle Förderung der Schüle gefährdet.